

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
Deutscher Industrie- und Handelskammertag
Hauptverband des Deutschen Einzelhandels
Zentralverband des Deutschen Handwerks
Bundesverband der Deutschen Industrie
Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels
Bundesverband der Freien Berufe
Deutscher Bauernverband



Ausbildungsabgabe: Schaden statt Nutzen

Neue Probleme statt Lösungen

Zehn Argumente gegen eine Ausbildungsabgabe

Die deutsche Wirtschaft engagiert sich im internationalen Vergleich überdurchschnittlich für die Ausbildung der Jugendlichen. Mit der Bereitstellung von Lehrstellen für ausbildungswillige und -fähige Bewerber übernehmen die Unternehmen freiwillig Kosten in Höhe von rund 28 Milliarden Euro jährlich – weit mehr als Bund und Länder für Berufsschulen, Berufsausbildungsbeihilfen und Sonderprogramme ausgeben. Damit leisten sie wichtige Beiträge für Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt. Dies gilt auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

Angesichts des rückläufigen Ausbildungsplatzangebots bei anhaltend hoher Bewerbernachfrage jetzt eine Ausbildungsabgabe zu fordern, ist kontraproduktiv. Gesetzliche Zwangsabgaben bringen den Betrieben sowie Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt mehr Schaden als Nutzen und neue Probleme statt Lösungen.

Die Betriebe aller Wirtschafts- und Berufsbereiche sind in Deutschland zur Zeit erheblichen Belastungen ausgesetzt: Sinkende Umsätze, fehlende Nachfrage, hohe Kosten, Löhne, Steuern und Sozialabgaben sowie bürokratischer Aufwand prägen die Situation.

Weitere Belastungen würde die Einführung einer betrieblichen Abgabe/Umlage für die Finanzierung der Berufsausbildung ergeben, obwohl die Betriebe bereits jetzt ihre Ausbildungsinvestitionen freiwillig finanzieren.

Die Folgen:

- Weniger statt mehr Lehrstellen
- Sinkende Ausbildungsbereitschaft der Betriebe
- Kostenschub für die Wirtschaft
- Mehr statt weniger Bürokratie
- Mehr Einfluss auf betriebliche Entscheidungen durch Staat und Gewerkschaften
- Qualitätsverluste und Wettbewerbsnachteile für den Standort Deutschland
- Verlust von Arbeits- und Ausbildungsplätzen

Zehn Argumente ...

1. Keine zusätzlichen Lehrstellen

Eine Ausbildungsabgabe schafft keine zusätzlichen Lehrstellen. Sie hat negative Auswirkungen auf die Ausbildungsbereitschaft. Ein zumindest teilweiser Rückzug der Betriebe aus der Ausbildung wäre vorprogrammiert. Ausbildung über Bedarf fände nicht mehr statt.

Betriebliches Ausbildungsengagement lässt sich nicht „kaufen“: es hängt wesentlich vom erwarteten Fachkräftebedarf ab. Finanzstarke Betriebe kaufen sich von der Ausbildung frei, wenn dies kurzfristig ökonomischer erscheint. Sie vertrauen auf die Umlageillusion, dass mit Hilfe der Abgabe andere ausbilden. Das Vertrauen in die Ausbildung anderer verringert die einzelbetriebliche Ausbildungsbereitschaft und -verantwortung und führt gesamtwirtschaftlich zu weiterem Lehrstellenmangel.

Dass eine Ausbildungsabgabe keine Lehrstellen schafft, zeigt das Beispiel Bauwirtschaft. Trotz einer Ausbildungsumlage sank dort die Zahl der Auszubildenden von 1995 bis 2001 von etwa 85.000 auf 51.000, also proportional zum Beschäftigungsrückgang. 2002 hatte die Bauwirtschaft sogar den stärksten Lehrstellenrückgang aller Branchen.

Die Zahl der bereitgestellten Ausbildungsplätze hängt von der wirtschaftlichen Entwicklung und den Beschäftigtenzahlen ab. Dies wird durch eine Umlagefinanzierung nicht verändert.

2. Kostenschub für die Wirtschaft

Eine Zwangsabgabe trifft alle Unternehmen – auch diejenigen, die nach Gesetz nicht ausbilden dürfen oder die zwar ausbilden wollen, denen aber geeignete Bewerber fehlen. Jeder Betrieb, der aus betriebsindividuellen Gründen (z. B. fehlender Personalbedarf) nicht ausbildet, wird mit Kosten belastet. Das ergibt einen zusätzlichen Kostenschub für die Wirtschaft.

- Die Unternehmen müssten die Bürokratiekosten einer Abgabe mitfinanzieren. Dies umfasst neben dem betrieblichen Verwaltungsaufwand die Kosten für eine Abgaben-Verwaltungsbehörde, was zu einer erheblichen volks- und betriebswirtschaftlichen Verteuerung der Ausbildung führt.

- Durch eine pauschal nach durchschnittlichen Ausbildungskosten für die Gesamtwirtschaft bzw. für Sektoren berechnete Abgabe werden beruf- und betriebliche sowie regionale Unterschiede bei Ausbildungskosten vernachlässigt. Viele Betriebe werden zusätzlich zu ihren Ausbildungskosten aufgrund der Pauschalberechnungen mit Abgaben belastet.
- Weitere Kostenerhöhungen entstehen durch Finanzierung der Ausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen; denn betriebliche Ausbildungsplätze können nicht beliebig eingekauft werden. Außerbetriebliche Ausbildung ist nicht nur teurer, sondern auch weniger praxisnah und eröffnet den Absolventen deutlich geringere Arbeitsmarktchancen.

3. Ausbildung am Bedarf vorbei

Die derzeitige Ausbildung ist bedarfsorientiert: Betriebe bilden aus, wo zukünftig Fachkräfte benötigt werden. Dieser besondere Vorteil des dualen Ausbildungssystems zeigt sich auch in der international vergleichsweise niedrigen Jugendarbeitslosigkeit. Wenn Ausbildungsplätze nicht entsprechend dem Qualifikationsbedarf der Betriebe angeboten, sondern durch Fondsmittel „eingekauft“ werden, geht die Verbindung von Bildung und Beschäftigung verloren.

Am Bewerberwunsch orientierte Ausbildungsangebote decken sich oft nicht mit den Beschäftigungsmöglichkeiten der Unternehmen. So werden Umlage-Mittel verschwendet; fehl-ausgebildete Fachkräfte mit hohem Arbeitslosigkeitsrisiko sind die Folge – bei Fachkräftemangel in anderen Bereichen und steigenden Aufwendungen für Umschulung und Nachqualifizierung.

4. Enormer Verwaltungsaufwand und planwirtschaftliche Strukturen

Eine Ausbildungsabgabe erhöht den Verwaltungsaufwand ausbildender Betriebe erheblich, anstatt Bürokratie abzubauen. Außerdem müssen neue Strukturen für die Umlageerhebung, -verwaltung und -verwendung geschaffen werden, die eine planwirtschaftliche Ausrichtung und Steuerung des Berufsbildungssystems zur Folge haben. Mittelfristig führt eine Ausbildungsabgabe zur Verstaatlichung der Ausbildung.

5. Mehr Mitbestimmung

Die von Gewerkschaften geforderte Mitbestimmung bei der Verteilung der Ausbildungsumlage bewirkt eine Verlagerung der Entscheidungskriterien. Während bei der betrieblichen Ausbildungsinvestition das Unternehmen nach eigenen Zielen entscheidet, erfolgt die Verteilung der Fondsgelder in mitbestimmten Kommissionen vorrangig nach politischen Zielen.

6. Ausbildungsqualität sinkt

Mit der Einführung einer Ausbildungsabgabe ginge die Verantwortung für die Ausbildung zunehmend von der Wirtschaft auf den Staat über. Weniger betriebliche und mehr außerbetriebliche Ausbildungsplätze wären die Folge. Damit würde die Qualität der Ausbildung sinken. Wegen der Betriebsferne der außerbetrieblichen Ausbildung entstehen den aufnehmenden Betrieben bzw. der Gesellschaft weitere Kosten, da fehlende praktische Berufserfahrungen mit mehr Einarbeitung und Weiterbildung nachgeholt werden müssten.

Das Qualifikationsniveau der Fachkräfte wird durch die Ausweitung der außerbetrieblichen Ausbildung sinken – zu Lasten der Beschäftigungschancen der Individuen und der Innovationsfähigkeit der Unternehmen.

7. Statt mehr „Gerechtigkeit“ Wettbewerbsverzerrungen

Viele Betriebe finden keine geeigneten Bewerber. Andere Betriebe können aufgrund ihrer Spezialisierung nicht ausbilden, oder es fehlen entsprechende Ausbildungsprofile. Auch die Behauptung, der Mittelstand würde durch die Umlage entlastet, ist unzutreffend. Gerade kleine und mittlere Ausbildungsbetriebe leiden unter dem Mangel an geeigneten Bewerbern, zu geringer betrieblicher Ausbildungszeit und zu komplexen Ausbildungsordnungen. Eine Umlage kann hier keine Abhilfe schaffen.

Stattdessen bringt eine Ausbildungsabgabe neue Wettbewerbsverzerrungen. Je nach Bemessungsgrundlage käme es zu Wettbewerbsnachteilen zwischen lohn- bzw. kapitalintensiven Unternehmen und damit zu neuen „Ungerechtigkeiten“. Außerdem werden Subventionsmentalität und „Mitnahmeeffekte“ gefördert.

8. Bewerber-Probleme werden nicht gelöst

Das Berufswahlverhalten – der Trend zu Modeberufen bei Bewerbermangel in den übrigen Berufen – ändert sich durch eine Umlage nicht. Unternehmen werden weiterhin für einen Teil der angebotenen Lehrstellen keine oder keine geeigneten Bewerber finden.

Seit Jahren bleiben trotz insgesamt hoher Nachfrage Ausbildungsplätze unbesetzt, weil Bewerber nicht für den angestrebten Beruf geeignet sind. Die Defizite des Schulsystems hat u. a. die internationale PISA-Studie bestätigt. Mangelnde Ausbildungsreife führt oft zur Ablehnung von Bewerbern, obwohl betrieblicher Ausbildungsbedarf besteht. Auch dieses Problem kann nicht durch eine Abgabe gelöst werden.

9. Abgabe lässt Nutzen außer Acht

Die mit einer Ausbildungsabgabe verbundenen Kosten lassen den Nutzen unberücksichtigt. Der mittelbare und unmittelbare Nutzen der Ausbildung für den Betrieb ist erheblich – insbesondere durch Mitarbeit der Auszubildenden, geringere Personalbeschaffungs- und Einarbeitungskosten, Minimierung von Fehlbesetzungsrisiken, geringere Fluktuation und positives Image am Arbeitsmarkt.

Der Nutzen der Ausbildung ist betriebs-, branchen- und berufsbedingt sehr unterschiedlich, allerdings auch beeinflussbar. Die Kosten/Nutzen-Bilanz ist ein wichtiger Faktor bei betrieblichen Ausbildungsentscheidungen. Mehr Lehrstellen und neue Ausbildungsbetriebe sind durch weitere Optimierung des Nutzens und Reduzierung der Ausbildungskosten für die Unternehmen zu gewinnen.

10. Umlagesysteme international gescheitert

Aus anderen Ländern sind funktionierende Umlage-Modelle zur Finanzierung betrieblicher Ausbildungsplätze nicht bekannt. Dagegen belegen Erfahrungen anderer Länder mit einer Ausbildungsumlage die Probleme. So besteht in Frankreich seit 1925 ein Ausbildungsfonds, der aus Abgaben der Unternehmen finanziert wird: Nicht nur die Jugendarbeitslosigkeit ist höher, es ist auch keine betriebliche Ausbildungskultur entstanden, die das Berufsbildungssystem maßgeblich entlastet.

Ausbildungsabgabe – Schaden statt Nutzen

Viele Länder mit geringerem Qualifikationsniveau und hoher Jugendarbeitslosigkeit verfolgen aufmerksam die Leistungen unseres dualen Ausbildungssystems:

- Rund 1,7 Mio. Auszubildende – etwa zwei Drittel eines Altersjahrgangs in der betrieblichen Berufsausbildung
- Ein kontinuierlicher Strom gut qualifizierten Fachkräfte-Nachwuchses in die Unternehmen als Eigenleistung der Wirtschaft
- Aufwendungen der Betriebe von 28 Milliarden Euro für die Berufsausbildung
- Vergleichsweise geringe Jugendarbeitslosigkeit
- Ein hohes Qualifikationsniveau der Fachkräfte als wichtiger Standortfaktor

Das sind die besten Argumente für das Berufsausbildungssystem und sein Kernelement – die einzelbetriebliche Finanzierung.

Leistungen des Ausbildungssystems nicht gefährden

Eine so tief greifende Systemveränderung, wie sie eine Ausbildungsabgabe darstellt, gefährdet die Vorteile und positiven Auswirkungen des dualen Systems und seine Existenz. Im staatlich dominierten allgemeinen Bildungssystem sind erhebliche Qualitätsprobleme offensichtlich; mehr Staatseinfluss würde auch in der beruflichen Bildung die Qualität vermindern.

Einzelbetriebliche Finanzierung nicht verändern

Wichtige Erfolgsfaktoren unseres an der Sozialen Marktwirtschaft ausgerichteten Wirtschaftssystems sind die Eigenverantwortung der Betriebe und die Zurückhaltung des Staates: Subsidiarität statt Bevormundung. Die einzelbetriebliche Finanzierung der Berufsausbildung ist ein wichtiges Systemelement. Eine Änderung der Finanzierung der Berufsausbildung ist deshalb abzulehnen, um das unternehmerische Engagement zu erhalten.

Statt Abgabe Kostenentlastungen für die Betriebe

Die Förderung der Berufsausbildung und der Ausbildungsbereitschaft der Betriebe muss bei der Verbesserung der Standortbedingungen für Unternehmen in Deutschland ansetzen. Dafür sind Kostenentlastungen entscheidend. Die mit einer Abgabe einhergehenden Belastungen gefährden dagegen das Berufsbildungssystem und haben negative Auswirkungen für den Wirtschaftsstandort Deutschland.